

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauscher Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18698.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschlag 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4—12. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Ein Beamtenkabinett in Oesterreich.

### Das dritte russische Kabinett.

Die Petersburger Telegraphenagentur hat in ihrer gestrigen Meldung die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mitgeteilt, dessen Bildung Kerenski übertragen worden war. Wie erinnertlich, hatte Kerenski am 3. d. M. seine Demission eingereicht, worauf am 4. eine Sitzung des Ministerrats mit den Vertretern aller Parteien im Winterpalast stattfand, die zu einer Einigung führte. Nach dem Bericht der Petersburger Telegraphenagentur vom 5. haben die Vertreter der vier bedeutendsten Parteien: der Sozialdemokraten, der Sozialrevolutionäre, der vereinigten Arbeiterpartei und der Kadettenpartei sich bereit erklärt, Kerenski mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen, und zwar auf der Grundlage von zwei Bedingungen: 1. der Forderung der sozialistischen Parteien, daß die neue Regierung die programmatischen Erklärungen vom 21. Juli treu bleibt, 2. der Forderung der Kadetten, daß die Regierung in ihrer Gesamtpolitik völlige Freiheit genießen solle. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts bestätigt, daß es, entgegen anders lautenden Nachrichten der letzten Tage, aus einer Koalition der vier genannten Parteien hervorgegangen ist.

Von den Sozialdemokraten befindet sich im neuen Kabinett bloß der Arbeitsminister Sokolow, dagegen ist Borckowski, der führende Mann der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte, ausgeschlossen. Der neue Handelsminister Prokopo-witsch dürfte kaum den Sozialdemokraten zugerechnet werden, da er als rechtsstehender Reformist seit Jahren mit der Partei nichts zu tun hat und auch jetzt den Arbeiter- und Soldatenräten fern steht. (Hier sei zur Korrektur eines Druckfehlers in einem früheren Artikel richtiggestellt, daß Prokopo-witsch nicht in der Zentralleitung der Gewerkschaften, sondern in der der Genossenschaften eine führende Stellung einnimmt.) Ob der neue Postminister Nikitin mit dem Moskauer menschwitschischen Führer identisch ist, geht aus dem Telegramm nicht hervor.

Von der sozialrevolutionären Partei befinden sich in der neuen Regierung: 1. Kerenski, der dem ersten wie dem zweiten Kabinett angehörte; 2. Tschernow, gegen dessen Anwesenheit im neuen Kabinett die bürgerliche Presse Sturm lief; 3. Sawinkow, der frühere Terrorist, spätere konterrevolutionäre Welt- und letzte Kriegsgesellschaftler Sozialpatriot; 4. Awtukentsew, der in den Revolutionsjahren 1905/06 eine führende Rolle in seiner Partei spielte, dann emigrierte, sich seit Beginn des Krieges auf die Seite der Pariser Plechanow-Ningler stellte und, nach Rückkehr zurückgekehrt, Mitglied des Zentralkomitees des Bauernbundes und einer der Führer des rechten Flügels der sozialrevolutionären Partei wurde. Kann demnach das Verbleiben Tschernows im Kabinett als ein Erfolg gegen die bürgerlichen Parteien gebucht werden, denen er wegen seiner früheren Beziehungen zu Zimmerwald, noch mehr aber wegen seiner vorderleitenden Maßnahmen zur Durchführung einer radikalen Agrarreform verhaßt ist, so muß in der Auswahl der drei übrigen sozialrevolutionären Minister, die die wichtigen Posten des Ministerpräsidenten, des Krieges und des Innern inne haben, ein starkes Entgegenkommen an das Bürgerertum verzeichnet werden, da sie als ausgeprägte Sozialpatrioten den Kurs nach rechts steuern werden.

Von der „vereinigten Arbeiterpartei“ (das ist wohl die neue Bezeichnung der vereinigten Trudowitsch- und Bolschewik-Partei) gehören dem neuen Kabinett der bisherige Verpflegungsminister Peschelow und der Marineminister Lebedew an. Peschelow ist zugleich Mitglied der Exekutive des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats.

Die kürzlich gegründete radikal-demokratische Partei, die aus der früheren großbürgerlichen Progressivstenpartei hervorgegangen ist, hat drei Vertreter im Kabinett: 1. den früheren Kadetten Nekrasow, der schon dem ersten und zweiten Kabinett angehörte und die Kadettenpartei wegen ihrer konterrevolutionären Haltung verlassen hat; 2. den Minister für öffentliche Fürsorge Fjerschow, Führer der Progressivstenfraktion der Duma und Vorsitzender des interparlamentarischen Friedensbureaus; 3. den Finanzminister Professor Bernahli, der als guter Kenner der Finanzwissenschaften gilt. Als Personen gehören die genannten Minister sicherlich zu den besten, die die Arie der bürgerlichen Intellektuellen zu bieten haben. Fraglich ist lediglich, ob sie über einen genügend starken organisatorischen Rückhalt verfügen, um das Mißtrauen breiter Kreise des Bürgerertums gegen die demokratische Regierung zu zerstreuen.

Die Kadettenpartei hat in das neue Kabinett gleichfalls drei ihrer führenden Männer entsandt: 1. den Staatskontrollleur Professor Kokoškin, den bisherigen Vorsitzenden der juristischen Kommission der provisorischen Regierung zur Ausarbeitung des Wohlgesetzes für die konstituierende Versammlung; 2. den Kademiter Oldenburg, der das Ressort des Unterrichts übernimmt; 3. den Minister für öffentliche Arbeiten Jurenow. Alle drei sind Mitglieder des Zentralkomitees der Kadettenpartei, eine führende politische Rolle hat aber bisher nur Kokoškin gespielt. Es ist immerhin auffällig, daß die Kadetten, nachdem sie ihre Faktion des In-den-Rücken-fallens aufgaben, ihre bedeutendsten Führer nicht in das Kabinett entsandt haben. Für eine rückhaltlose Ausführung und Einigung mit der Linken spricht dies gerade nicht.

Als einziger Vertreter der Oktoberisten ist der Außenminister Tereschtschenko im Kabinett verblieben. Welcher Partei der Justizminister Jarubny und der Procurator des Synods Kartaschow angehören, ist uns nicht bekannt. Es verdient registriert zu werden, daß Jarubny wegen der Veröffentlichung der bekannten Anschuldigungen gegen die Bolschewiki durch einige Beamte des Justizministeriums zurücktreten mußte. Auf welcher Grundlage sein Wiedertritt in die Regierung erfolgte, geht vorläufig aus den Meldungen nicht hervor.

Soweit die Einzelheiten über die neuen Regierungsmänner und ihren Zusammenhang mit den Parteien. Nicht klar scheint uns die neue Koalition nicht zu sein. Wie halten sie vielmehr für eine Übergangskombination, unter deren Herrschaft sich die Verhältnisse vorläufig klären sollen. Wenn das neue Kabinett hofft, einerseits die sozialistische Forderung der Durchführung des Programms vom 21. Juli und andererseits die Forderung der Kadetten nach völliger Freiheit der Regierung in ihrer Gesamtpolitik befriedigen zu können, so dürfte ihr die Ausführung dieser einander widersprechenden Programme kaum gelingen. Denn während das Programm vom 21. Juli den Schwerpunkt der nächsten Regierungsmassnahmen auf die Beeinflussung der Verbündeten im Sinne des annexionslosen Friedens, den Kampf gegen die kapitalistischen Widerstände bei der Regelung der Arbeiterfrage, der Finanzmiserie und des wirtschaftlichen Chaos, endlich insbesondere auch die Vorbereitung einer Agrarreform verlegt, durch die der gesamte Grund und Boden in die Hände der Arbeitenden gelangen soll, ist die Forderung der Kadetten darauf gerichtet, die Regierung von den Arbeiter- und Soldatenräten unabhängig zu machen, d. h. die demokratischen Elemente der Regierung von ihren Stützpunkten zu isolieren und damit aktionsunfähig zu machen. Die Kadetten hoffen anscheinend, den unverhüllt sozialpatriotischen Kurs Kerenski und die Diktatur ausnützen zu können, um allmählich die ganze Politik des Kabinetts in gemäßigtere Bahnen zu lenken. Für die sozialistischen Parteien und die Arbeiter- und Soldatenräte erwächst aus dieser Situation die Pflicht, ihre Faktion des Bürgerertums gegenüber einer Nachprüfung zu unterziehen, denn mit halben Entscheidungen und platonischen Wünschen, die an der Wirklichkeit nichts ändern, wird der bürgerlichen Gegenrevolution nur der Boden geboten. Diese Einsicht scheint auch in der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte mehr und mehr an Boden zu gewinnen. Dafür spricht die Abstimmung der Exekutivkommissionen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräte vom 4. August, in der der Beschluß, Kerenski mit der Bildung des neuen Kabinetts zu betrauen, nur eine knappe Mehrheit fand.

### Die erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die erste Sitzung der neuen vorläufigen Regierung hat unter dem Vorsitz Kerenski stattgefunden, der in seiner Eröffnungsrede sagte: Das neue Kabinett wird seine ganze Aufmerksamkeit auf die Frage der Landesverteidigung und der Organisation des Landes hinter der Front, vor allem auf die Finanzen und das Wirtschaftsleben des Landes, richten müssen. Kerenski forderte alle Mitglieder der Regierung, auf ihre Anstrengungen zu verdoppeln, sowohl hinsichtlich der Organisation und der Befestigung der Gewalt wie der Verstärkung der Tätigkeit der einzelnen Verwaltungszweige. Nach der Rede Kerenski gab der Minister des Inneren, Tereschtschenko, eine Darlegung über seine bevorstehende Reise in das Hauptquartier. Die Regierung beschloß, den Posten des Oberprokurators des Synods abzuschaffen und ein Ministerium des Kultus zu errichten, an dessen Spitze der Oberprokurator des Synods, Kartaschow, treten wird.

Der Minister des Inneren, Tereschtschenko, und der rumänische Gesandte in Petersburg, Diamandi, haben sich ins Hauptquartier begeben.

Petersburg, 7. August. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von den neuen Ministern ist Kokoškin der Minister des

Innern, Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Bauernabgeordneten und Mitglied des Zentralausschusses der Partei der revolutionären Sozialisten. Prokopo-witsch, der Minister für Handel und Industrie, ist Sozialist, Wirtschaftsspezialist und Präsident des jüngst geschaffenen Wirtschaftsausschusses. Jakobow, der Justizminister, ist vollkommener Sozialist, besonders bekannt aus dem Heilis-Prozess. Kokoškin, der Staatskontrollleur, ist Mitglied der Kadettenpartei, Professor der Rechte und ehemaliger Präsident des Ausschusses für die Vorbereitungsarbeiten für Einberufung der verfassunggebenden Versammlung. Jurenow, der Verkehrsminister, ist Kadett, Mitglied der ersten Duma und Gehilfe des Bürgermeisters von Moskau. Oldenburg, der Unterrichtsminister, ist Kadett, Mitglied und ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaft. Nikitin, der Minister für Post und Telegraphen, ist minimalistischer Sozialdemokrat, Advokat und Führer der Moskauer Miliz.

Die Regierung plant die Schaffung eines besonderen Organs, dessen Aufgabe die oberste Leitung in allen Fragen sein soll, die sich auf die nationale Verteidigung beziehen. Der letzte Teil der Erklärung Kerenski vom 1. August spielt auf dieses Organ an, indem er die Möglichkeit betonte, die Verantwortung des Ministerpräsidenten auf dem Gebiete der obersten Staatsverwaltung zu vermindern.

### Die Lage in Kroustadt.

Bern, 8. August. (B. Z. N.) Pariser Blätter melden: Die Militärkommission, die zur Vornahme einer Untersuchung über die den Petersburger Menteteten vorangegangenen Kroustädter Vorfälle entsandt worden war, kehrt am 8. August in Kroustadt zurück. Die Haltung der Kroustädter Bevölkerung unverändert Dinge zurück.

### Maßnahmen gegen Eisenbahnerstreik.

Bern, 8. August. (B. Z. N.) Progres de Lyon meldet aus Petersburg: Die Regierung beschloß, jede Aufrichtung zum Eisenbahnerstreik mit dreijähriger Gefängnisstrafe zu ahnden. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die regelmäßige Abwicklung des Verkehrs auf den Hauptlinien sicherzustellen.

### Die Stockholmer Konferenz.

Der Beschluß der französischen sozialistischen Partei, an den Stockholmer Verhandlungen teilzunehmen, hat im bürgerlichen Lager Frankreichs große Erregung hervorgerufen. Zwischen dem Temps und der Humanité entspannt sich eine heftige Diskussion, die in mehr als einer Beziehung interessant ist.

Der Temps spricht von einer Abhandlung des französischen Sozialismus. Er wirft ihm vor, daß er zu einem Vandalen komme, die seiner früheren genau zuwiderlaufe. In drei Aufsätzen beschäftigt er sich mit der Frage: ein Beweis dafür, wie ernsthaft die bürgerlichen Parteien den Gedanken erwägen, daß trotz aller ihrer Machinationen die französischen Sozialisten dennoch den Weg nach Stockholm finden werden. Selbstverständlich wird das Märchen wiederholt, die Stockholmer Konferenz sei das Maßwerk der deutschen Sozialdemokratie, die sich des Dänen Borgbjerg, des Holländers Troelstra und des Schweizer Grimm bedient habe, um ihre Zwecke zu erreichen. Die Abhandlung der französischen Sozialisten sei so vollkommen wie möglich. Jeder Paragraph der angenommenen Resolution trage einen demütigenden Charakter. Schon die Tatsache, daß das Organisationskomitee allem die Aufgabe hat, in Beziehung mit den anderen Parteien zu treten, erbot den Temps. Er ist außer sich darüber, daß nun die Sozialisten der allierten Länder nicht einmal die Möglichkeit hätten, zu bestimmen, mit welchen Elementen des deutschen Sozialismus sie zusammen verhandeln wollten. Man werde sie den Sozialisten des Kaisers gegenübersehen und mit ihnen würden sie über das Geschick ihres von der teutonischen Barbarei gemordeten Landes verhandeln. Das Blatt deutet an, daß man sich auf das Schlimmste gefaßt machen müsse; nachdem die Sozialisten nicht darauf bestanden hätten, die Schuldfrage an die Spitze der Tagesordnung zu setzen, würden sie auch in anderen Dingen nachgeben, aber: „Glauben sie denn, daß die sich ihrer Interessen bewußten und sich um ihre Zukunft sorgenden Völker jemals die Kontrolle des ganzen nationalen Lebens durch die Arbeiter-Internationale gutheißen würden?“ Und die verantwortlichen Regierungen werden genannt, der revolutionären Internationale Machtbefugnisse einzuräumen, denn „nur sie (die Regierungen) haben das Vertrauen der freien Völker, die entschlossen sind, die Feinde der zivilisierten Welt zu besiegen“.

In der Humanité antwortet Renaudel kurz auf die Klagen des Temps. Er erklärt, daß die französischen Sozialisten seit entschlossen seien, die Schuldfrage zu behandeln, und daß sie, wenn ihnen die Beschlüsse der Konferenz ungenügend erschienen, immer noch die Verhandlungen verlassen könnten. Die Entrüstung des Temps sei nichts anderes als ein Manöver, durch das sich die Sozialisten nicht täuschen lassen würden.